

Altes Ärgernis

In der Hausratversicherung gelten neue Spielregeln – mit einseitig verteiltem Risiko.

Die Hausratversicherung, so hatte Peter Ollick vom Bundesaufsichtsamt immer wieder geklagt, sei „ein Sorgenkind erster Ordnung“. Da müsse dringend etwas getan werden.

Nun haben die Versicherer etwas getan, und Ollick ist es zufrieden. Doch das Sorgenkind ist ein verwöhntes Balg geblieben. Die neuen Bedingungen der Hausratversicherung, die das Aufsichtsamt Mitte vergangenen Jahres billigte, sind nämlich keineswegs so „ausgewogen in bezug auf Leistung und Gegenleistung“, wie Ollick meint. Die Reform geht eindeutig zu Lasten der Kunden.

Profitieren werden allein die Firmen. Durch die neuen Klauseln werden in der Hausratversicherung, die mit 20 Millionen Verträgen zu den wichtigsten Sparten der Sachversicherer zählt, Überschüsse von Amts wegen garantiert.

Wer in diesen Tagen eine Hausratversicherung abschließt, bekommt die Neuerungen zu spüren. Er muß höhere Prämien und zum Teil einschneidende Kürzungen beim Versicherungsschutz in Kauf nehmen.

Fahrräder beispielsweise sind – wegen der häufigen Diebstähle – überhaupt nicht mehr in der Versicherung gedeckt. Auch Glas, die Wäsche auf der Leine, Möbel im Garten und das Reisegepäck im Auto sind nicht mehr versichert.

Überdies wollen die Unternehmen, nach dem Vorbild der Kraftfahrtversicherer, die Bundesrepublik in drei Gefahrenzonen aufteilen. Damit verteuern sich die Beiträge gerade in den Ballungs-

gebieten kräftig (siehe Graphik). Teure Wertsachen werden obendrein mit ordentlichen Zuschlägen belegt.

Der ärgerlichste Teil der Reform aber: Die Versicherer schreiben in zwei neuen Klauseln fest, daß Versicherungssummen und Prämien automatisch höheren und, falls das mal eintreten sollte, auch den niedrigeren Aufwendungen angepaßt werden.

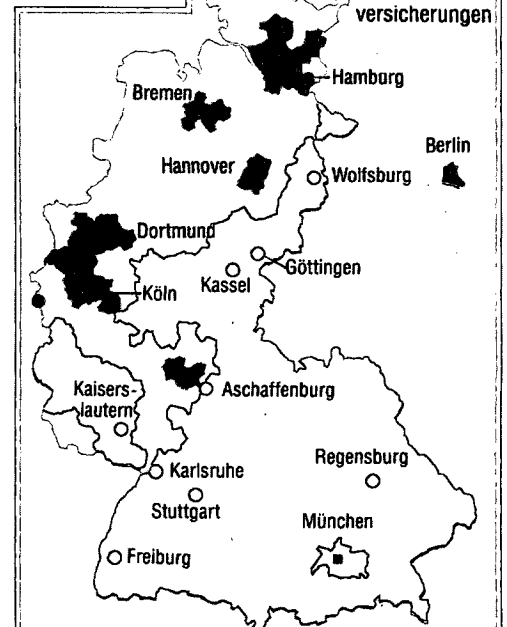
Eine neue Vereinbarung mit dem Kunden ist nicht erforderlich – die Versicherungssummen und damit die Beiträge steigen und fallen automatisch. Sie richten sich nach einem amtlichen Preisindex für „Verbrauchs- und Gebrauchsgüter ohne Nahrungsmittel und ohne normalerweise nicht in der Wohnung gelagerte Güter“. Der Versicherte kann zwar gegen die Erhöhung Widerspruch einlegen – doch aller Erfahrung nach rafften sich dazu nur die wenigsten Kunden auf.

Noch schlechter geht es den Versicherern bei der vorgesehenen Prämienanpassung. Bei steigenden Schäden können die Unternehmen künftig ohne Zustimmung des Vertragspartners die Beiträge erhöhen. Nur wenn die Prämien in einem Jahr um mehr als zehn Prozent oder um mehr als zwanzig Prozent in drei aufeinanderfolgenden Jahren klettern, haben die Kunden das Recht zu kündigen.

Damit die Kundschaft nicht allzusehr verschreckt wird, haben die Sanierer ein paar Verbesserungen in das neue Vertragswerk hineingeschrieben. So zahlen die Versicherer künftig auch, wenn Einbrecher aus Zerstörungswut die Wohnung verwüsten. Diese sogenannten Vandalismusschäden waren bisher nicht versichert. Zudem ersetzt die Versicherung künftig den Neuwert der beschädigten Gegenstände. Bisher wurde zumeist nur der Zeitwert erstattet.

Auch das alte Ärgernis der Unterversicherung soll beseitigt werden. Lag nach

BILLIGER SÜDEN



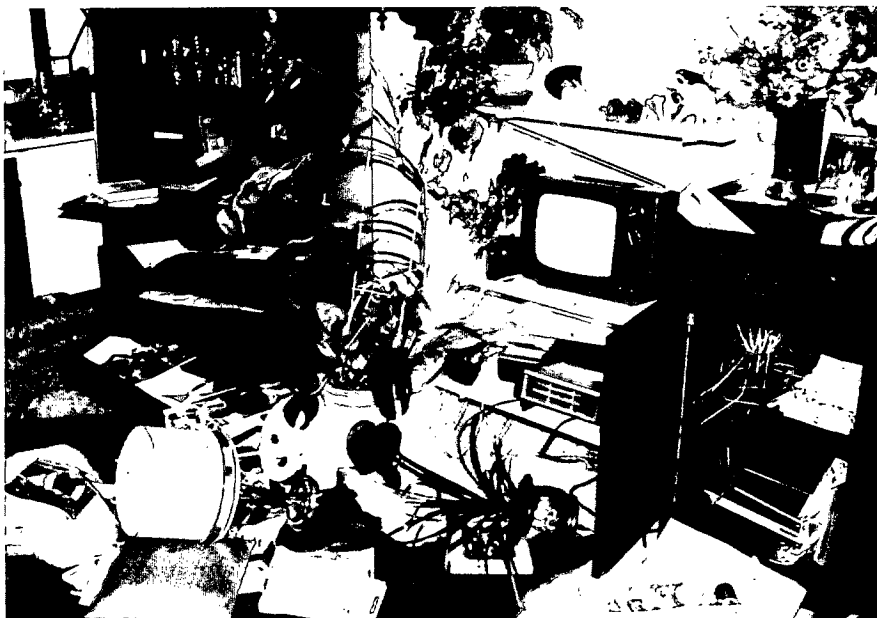
TARIFZONE III: höchste Prämie, für Orte und Gebiete mit den Postleitzahlen

1000	2800–2808	4250–4270	6000–6078
2000–2086	2820–2822	4300	6230–6246
2100–2107	2870–2879	4330–4390	6370–6384
2200–2209	3000–3017	4600–4690	6450–6458
2350–2359	4000–4156	5000–5100	
2400–2409	4200–4236	5200–5216	

TARIFZONE II: mittlere Prämie, für Orte und Gebiete mit den Postleitzahlen

2090–2096	3250–3300	5400–5429	6600–6657
2110–2192	3400	5450–5500	6670–6689
2210–2347	3500	5600–5760	6700–6737
2360–2396	4170–4194	5800–5885	6750
2410–2743	4240–4242	6080–6117	6800–6909
2810–2819	4280–4294	6200–6229	7000
2830–2864	4320–4322	6250–6277	7000
2880–2994	4400–4596	6300–6309	7800
3030–3119	4700–4995	6350–6369	8000–8049
3150–3167	5102–5190	6390–6395	8400
3180	5220–5227	6460–6479	8750
3200–3216	5250–5358	6500–6526	8755–8757

TARIFZONE I: für alle Orte und Gebiete, die nicht zu den Zonen I und II gehören



Nach Einbruch verwüstete Wohnung: Neuerungen werden teuer bezahlt

den alten Bedingungen aus dem Jahre 1974 der Wert des Hausrates über der abgeschlossenen Versicherungssumme, zahlte die Versicherung bei einem Schaden nur im Verhältnis der Versicherungssumme zum Wert des Hausrates.

Wenn zum Beispiel Hausrat für 100 000 Mark nur mit 50 000 Mark versichert war, zahlte die Versicherung im Schadenfall nur die Hälfte, gleichgültig ob der Schaden klein oder groß war. Diese Einschränkung soll künftig wegfallen.

Doch selbst diese Neuerung wird viele Kunden teuer zu stehen kommen. Die Versicherer verlangen nämlich, daß die Kunden dann ihren Hausrat mit 1000 Mark pro Quadratmeter Wohnfläche versichern. Eine Durchschnittswohnung (82 Quadratmeter) müßte also mit 82 000 Mark versichert werden. Bisher jedoch liegt eine Durchschnittspolice bei gut 50 000 Mark.

Durch die neuen Bedingungen der Hausratversicherung, meint Siegfried

Klaue vom Bundeskartellamt, werde „das Risiko einseitig immer mehr auf die Versicherungsnehmer verlagert“. Das Kartellamt will künftig für mehr Wettbewerb unter den Versicherern sorgen. Klaue: „Wettbewerb ist im Interesse des Verbrauchers“ (siehe Interview).

Die Versicherer haben sich ohne Not der wachsenden Kritik ausgesetzt. Die großen Verluste, die angeblich in der Hausratversicherung anfielen und dezentwegen jetzt die Tarife geändert wurden, sind in Wahrheit gar keine.

Die vielbeklagten roten Zahlen beziehen sich nämlich stets nur auf das sogenannte versicherungstechnische Ergebnis. Dabei werden lediglich die Verwal-

tungskosten (im Schnitt 37 Prozent der Beiträge) und die Ausgaben für den Schadensausgleich (im Schnitt 67 Prozent der Beiträge) gegen die Prämieinnahmen aufgerechnet.

Doch außer Prämien kassieren die Versicherer ja auch noch Zinsen für das Geld, das sie einträglich angelegt haben. Prämieinnahmen und Zinsgewinne zusammen aber reichten auch in der Vergangenheit allemal aus, um am Schluß der Bilanz einen Gewinn auszuweisen.

Hinzu kommt, daß die Hausratversicherer in den vergangenen Jahren ohnehin zunehmend besser zurechtgekommen sind. So sanken die Schadensaufwendungen seit dem Rekordjahr 1981, als 73 Prozent der Beiträge wieder ausge-

zahlt werden mußten, bis 1983 um gut acht Prozent und liegen nun auf dem niedrigsten Wert seit vielen Jahren.

Die Verwaltungskosten konnten gar um zehn Prozent gesenkt werden. Schon jetzt schreiben viele Firmen selbst in der versicherungstechnischen Rechnung wieder schwarze Zahlen.

Kein Wunder, daß in der Branche – wie Justus Pinckernelle vom Verein Deutscher Versicherungsmakler meint – „eher vorsichtige Stimmen zum Erfolg der Aktion zu hören sind“. Viele fürchten, daß die Versicherer sich mit ihrem jüngsten Coup etwas einhandeln könnten, was sie nun gar nicht wollen – eine Diskussion über den Sinn und die Bräuche des Gewerbes.

„Der Wettbewerb hat nicht funktioniert“

SPIEGEL-Interview mit Kartellamts-Direktor Siegfried Klaue über die Geschäftspolitik der Versicherer

SPIEGEL: Herr Klaue, Sie haben angekündigt, das Kartellamt wolle künftig stärker die Versicherungswirtschaft kontrollieren. Warum?

KLAUE: Wir wollen nicht stärker kontrollieren, sondern die uns vom Gesetzgeber übertragene Aufgabe erfüllen. Und das heißt: Wir müssen für einen ordentlichen Wettbewerb in diesem Bereich sorgen.

SPIEGEL: Hat das Kartellamt denn in der Vergangenheit diese Aufgabe nicht erfüllt?

KLAUE: Doch, natürlich. Jetzt allerdings wird bei den Versicherern eine Tendenz sichtbar, die in der Vergangenheit nicht so deutlich zu erkennen war. Das Risiko wird einseitig immer mehr auf die Versicherungsnehmer verlagert. Die Firmen versuchen ein System zu schaffen, bei dem die Versicherungssummen und die Prämien automatisch den höheren Aufwendungen angepaßt werden.

SPIEGEL: Die neuen Anpassungsklauseln in der Hausratversicherung haben Sie geärgert?

KLAUE: Genau. Mit den neuen Hausrat-Klauseln können die Versicherer die Versicherungssumme und die Prämien regelmäßig heraufsetzen. Diese Automatik geht uns zu weit.

SPIEGEL: Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen hat die Anpassungsklauseln genehmigt. War das nicht in Ordnung?

KLAUE: Das Aufsichtsamt hat, wie wir auch, ein Gesetz zu handhaben, und es wird nicht ausbleiben, daß wir uns dann und wann gegenseitig in die Quere kommen. Die Gleitklauseln in der Hausratversicherung mußten wohl genehmigt werden, doch damit wird uns jede Möglichkeit der Mißbrauchsaufsicht genommen.

SPIEGEL: Inwiefern haben die Versicherer hier ihre Macht mißbraucht?



Kartellexperte Klaue
„Wie die Lemminge in eine Richtung“

KLAUE: Für uns sind die Gleitklauseln ein Preisbestandteil. Wenn der kollektiv am Markt über den Weg eines Kartells eingeführt wird, berührt dies natürlich unsere Aufsichtspflicht.

SPIEGEL: Das Versicherungsamt genehmigt Kartelle in der Versicherungswirtschaft, die das Kartellamt nicht mehr knacken kann?

KLAUE: Es werden zumindest die Voraussetzungen für Kartellabsprachen in einzelnen Zweigen geschaffen. Die Gleitklauseln gehen im Sammelgenehmigungsverfahren durch, und die Unternehmen nutzen dies aus. Wir können dann gegen die kollektive Erhöhung der Prämien nichts mehr machen.

SPIEGEL: Wo sehen Sie da überhaupt eine Chance für das Kartellamt?

KLAUE: Wir würden gern bei der Genehmigung solcher Gleitklauseln, die ja Voraussetzung für dieses von mir beschriebene kollektive Verhalten sind, mitwirken wollen. Wir möchten hier unseren Einfluß geltend machen, soviel Wettbewerb wie möglich zu erhalten.

SPIEGEL: Wieviel Wettbewerb ist denn möglich?

KLAUE: Den Unternehmen muß die Fähigkeit genommen werden,

Wettbewerbsbeschränkungen in großem Umfang einzuführen. Heute können sie über ihre Verbände Tarifwerke schaffen, die ein gleichförmiges Verhalten ermöglichen. Wenn eine Vielzahl von

Unternehmen nicht in der Lage ist, ohne Hilfe der Verbände autonom Prämien zu kalkulieren, kriegen wir auch keinen Wettbewerb hinein. Kleinere, schwächere Unternehmen werden durch die gemeinsam kalkulierten Prämien gestützt und am Markt gehalten. Mir wäre es viel lieber, von der Struktur her, wir hätten an Stelle von 500 Versicherungsunternehmen, die so geschützt werden, 25 leistungsfähige Unternehmen, die ohne Verbandshilfe selbst kalkulieren könnten.

SPIEGEL: Sie meinen, daß ruhig die eine oder die andere schlecht wirtschaftende Versicherungsfirma in Konkurs gehen könnte?

KLAUE: Da können Sie von mir als Mann des Kartellamtes nur ein Ja als